

«Prämien sollen für alle bezahlbar sein»

«Wir können das Kostenwachstum nicht ignorieren.» Gesellschaftsminister **Mauro Pedrazzini** hat am Mittwoch den Vernehmlassungsbericht zur grossen Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) vorgestellt. Die darin enthaltenen Vorschläge widmen sich diesem Problem.

RAMONA BANZER

Herr Regierungsrat Pedrazzini, einige erste Reaktionen auf die KVG-Revision gingen in die Richtung, «es geht den Ärmsten und Schwächsten an den Kragen». Ist Ihnen aufgefallen, dass in der Zusammenfassung des Bericht und Antrag der Teil, der die Versicherten betrifft, fast doppelt so lange ist wie derjenige der Leistungsbringer?

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini: Die längere Zusammenfassung im Bereich der Versicherten ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass es schwieriger ist, ein Versicherungssystem zu erklären. Die vorgeschlagenen Einzelmassnahmen treffen jedoch beide Seiten in etwa gleichem Masse. Es ist für beide Seiten gleich unangenehm, wenn man so will. Jedoch sind die Massnahmen meines Erachtens zu verkraften. Zudem soll es nicht den Schwächsten «an den Kragen» gehen, im Gegenteil. Die Vorlage hat das Ziel, die Prämien der Krankenkasse für alle bezahlbar zu halten.

Vor nicht allzu langer Zeit durfte man im Ausland kaum erwähnen, dass man aus Liechtenstein kommt, ohne dass Bemerkungen fielen, wie reich doch dieses Land sei. Nun unterscheiden wir zwischen Rentnern und bedürftigen Rentnern?

Mauro Pedrazzini: Für manche ist es sicher schwer verständlich, dass wir uns in einem «reichen Land» mit derartigen Fragen auseinandersetzen. Man muss sich aber vor Augen halten, dass wir über die Jahre in Liechtenstein viele Privilegien geschaffen haben. So etwa, dass für Kinder

weder Krankenkassenprämie noch Selbstbeteiligung bezahlt werden müssen. An dem wollen wir festhalten, obwohl es das in der Schweiz nicht gibt. Das Kostenwachstum der letzten Jahre können wir aber nicht einfach ignorieren, das wäre verantwortungslos. Wir müssen gegensteuern, auch wenn dies unangenehm wird. Nicht vergessen werden darf, dass das neue Versicherungsmodell Einsparungen für den einzelnen Bürger im Bereich der Prämien bringen soll. Zusammengefasst ist es so aufgebaut, dass diejenigen, welche mehr zum Arzt gehen, etwas mehr zahlen, und dafür alle mit geringeren Prämien belohnt werden. Es geht hierbei auch um Fairness – der sparsame und verantwortungsvolle Konsum von Leistungen soll belohnt werden.

Die Regierung will Kostenbewusstsein bei den Versicherten wecken.

Wie viel erhoffen Sie sich beispielsweise durch die Umstellung auf den «tiers garant»? Wird man dann nur noch halb so viele Male medizinische Leistungen in Anspruch nehmen wie zuvor?

Mauro Pedrazzini: Wir schlagen Änderungen am finanziellen Anreizsystem vor, durch die dem Versicherten stärker bewusst werden soll, wie viel beispielsweise der Besuch beim Arzt kostet. Es geht darum, dass die Leute stärker hinterfragen sollen, ob es diesen Besuch, jene Behandlung tatsächlich braucht oder nicht. Man kann nicht sagen, wie stark die vorgeschlagenen Massnahmen genau wirken werden. Normalerweise werden die Menschen aber schon viel kritischer,



Bild: Archiv/Daniel Schwendener

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini.

wenn sie etwas aus der eigenen Tasche bezahlen müssen.

Die Regierung schlägt weiter vor, den Arbeitgeberbeitrag einzufrieren. Dies sei ein lang gehegter Wunsch der Arbeitgeberverbände, da die

Beiträge ständig steigen mussten. Somit reagieren Sie auf Anliegen der «Starken» gegenüber den «Schwachen», in diesem Fall die Arbeitnehmer – oder nicht?

Mauro Pedrazzini: Der Arbeitgeberbeitrag gehört zu den Lohn-

nebenkosten. Er ist in den letzten Jahren ständig angestiegen. Hohe Lohnnebenkosten schwächen die Standortattraktivität. Es ist keineswegs so, dass wir den «Starken» einfach nachgegeben haben. Wenn dem so wäre, hätten wir den Arbeitgeberbeitrag ganz abschaffen müssen. Der Arbeitgeberbeitrag soll gemäss unserem Vorschlag auf dem Stand von 2015 eingefroren werden. Auf nächstes Jahr erwarten wir aber – auch wegen den Sparmassnahmen des Landes – nochmals eine Prämienhöhung. Diese sollen die Arbeitgeber noch mitmachen, dann soll aber Schluss sein.

Wurde in Gesprächen mit den Arbeitgeberverbänden zum Beispiel auch erwähnt, ob sie nicht selbst etwas mehr Kontrolle bei ihren Mitarbeitern schaffen können, was Krankheitsabsenzen anbelangt?

Mauro Pedrazzini: Viele Betriebe haben bereits ein Absenzenmanagement, Bemühungen in diese Richtungen bestehen also schon. Aber die Krankheitstage bei der Arbeit tragen nur einen minimalen Teil zu unserem Kostenwachstum im Bereich der Krankenkassen bei. Viel schwerer wiegen der Arbeitsausfall und die Pflicht zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Arbeitgeber bemühen sich daher stark um einen geringen Krankenstand.

Einer der heikelsten Massnahmen ist die Abschaffung der halben Selbstbeteiligungen für Rentner. Hätte die Regierung dies auch vorgeschlagen, wenn «WinWin» angenommen worden wäre?

Mauro Pedrazzini: Ja, denn das eine hat mit dem anderen nicht

viel zu tun. Alle Rentner bezahlen heute nur die halbe Kostenbeteiligung. Die Regierung schlägt nun lediglich eine Differenzierung zwischen Rentnern und bedürftigen Rentnern vor. Für Letztere hat der Staat auf jeden Fall über die Ergänzungsleistungen zur AHV nach wie vor aufzukommen. Die vorgeschlagene Massnahme hat zum Ziel, dass das Geld der Prämienzahler nicht mehr nach dem Giesskannenprinzip verteilt wird, sondern dass eben nur die Bedürfnisse von der Allgemeinheit unterstützt werden sollen.

Ein weiterer Knackpunkt ist die Abschaffung der Befreiung chronisch Kranker von der Selbstbeteiligung. Die Liste, welche definiert, welche Krankheiten darunterfallen, sei willkürlich. Auch wenn das stimmt, bedeutet dies nicht, dass denjenigen, welche es ohnehin schon schwer haben, nun weitere Strapazen auferlegt werden?

Mauro Pedrazzini: Die Liste der chronischen Krankheiten ist ungerecht, da tatsächlich nur ein kleiner Teil aller Krankheiten, welche man als chronisch bezeichnen kann, darin enthalten ist. Die Selbstbeteiligung des Patienten ist in ihrer Höhe aber beschränkt. Wenn jemand dieses Geld nicht aufbringen kann, soll er unterstützt werden, da kann sich der Staat nicht aus der Verantwortung stellen. Wenn jemand chronisch krank ist und das Geld für die Kostenbeteiligung durch Einkommen und Vermögen gut aufbringen kann, dann gibt es keinen Grund, warum die anderen Prämienzahler für ihn aufkommen sollen.